

## Corona in Lateinamerika

### Wahl zwischen Covid-19 oder Hunger und die Eindämmung beider Phänomene

Die WHO hat Lateinamerika zum Epizentrum der Corona-Pandemie erklärt. Während in Europa die Zuwachsraten der Infektionen zurückgehen, steigen sie in einigen Ländern Lateinamerikas noch deutlich an. Spitzenreiter sind dabei Länder wie Brasilien, Mexiko, Chile, Peru und Ecuador.<sup>1</sup>

### Die Verquickung von sozialen Problemen und der Pandemie

In Lateinamerika haben sich durch die Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus die schon vor der Pandemie bestehenden Probleme enorm zugespitzt. Länder mit strikten Lockdown-Maßnahmen wie Chile und Kolumbien konnten die Infektionsraten nicht eindämmen. Diese Maßnahmen hatten besonders bei rechts und konservativ geführten Ländern negative soziale Auswirkungen auf die arme Bevölkerung, die zum Ausbruch von Hungersnöten führen. Bei Staaten mit einem fortschrittlichen Sozialsystem wie Kuba und Venezuela wurde der Lockdown von breiten sozialen und gesundheitlichen Hilfsmaßnahmen der Regierung begleitet, so dass es in diesen Ländern nicht zu Hungersnöten oder gar Hungertod kam. Hinzu kommen diejenigen Länder, die wie Brasilien die Pandemie von Seiten der Regierung ignorieren oder auf Freiwilligkeit setzen wie Mexiko und zu spät Schutzmaßnahmen ergriffen, wo sich dann soziales Elend mit einer exponentiellen Ausbreitung des Virus und Massen an Toten verband und in eine Katastrophe mündete.

Allgemein sind unter dem Vorzeichen der unterschiedlichen Gesundheits- und Sozialpolitiken die Länder in Lateinamerika mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die die Pandemie stark beeinflusst. Das erste Problem sind *die große Armut und die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen*, Folge der neoliberalen Entwicklung der letzten 40 Jahre. Das Welternährungsprogramm der UNO (World Food Programme, WFP) schätzt, dass in Lateinamerika in diesem Jahr rund 14 Millionen Menschen hungern werden.<sup>2</sup> In fast allen lateinamerikanischen Ländern kam es zu Hungerrevolten und Plünderungen von Supermärkten.

*Das Phänomen der Frauenmorde* in Lateinamerika hat sich in der Zeit der Isolati-on weiter verschlimmert. Die Täter können „jetzt völlig ungehemmt agieren“.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Pfeifenberger, Jonatan: Corona-Pandemie: Lage in Lateinamerika immer dramatischer. In: amerika21 vom 27.05.2020. <https://amerika21.de/2020/05/240205/corona-lateinamerika-fluege-lage-epizentr>.

<sup>2</sup> Röscheisen, Lara: Coronavirus: Lateinamerika droht Hungerpandemie. In: amerika21 vom 02.06.2020. <https://amerika21.de/2020/06/240332/hungerpandemie-corona-lateinamerika>.

<sup>3</sup> Vogel, Wolf-Dieter: „Man nimmt die Hilferufe nicht ernst.“ Interview mit der Frauenrechtlerin Ana-Maria Hernandez Cardenas. In: Die Zeit online. 31.05.2020. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/frauenmorde-mexiko-hauesliche-gewalt-corona-krise/komplettansicht>.

Ein weiteres Problem ist *die Nicht-Erfassung von Infektionen und Sterberaten*. Es wird im Allgemeinen wenig getestet und deshalb wird die tatsächliche Rate als 15-mal höher geschätzt. Das Gesundheitssystem ist in den meisten Ländern mit der wachsenden Zahl der Infizierten heillos überlastet. Da schon vor Corona in Ländern wie Chile, Ecuador und Brasilien das Gesundheitssystem durch den Rückgang der Sozialausgaben neoliberal kaputtgespart und privatisiert wurde, kann es dem Ansturm von Kranken und den intensivmedizinischen Anforderungen nicht gerecht werden. Auch das *Bestattungssystem* hat in Lateinamerika an vielen Orten vollkommen versagt. Die übergroße Anzahl von Leichen wurde tage- bis wochenlang nicht bestattet oder in Massengräbern, oft ohne Registrierung, entsorgt. Die Gefängnisse sind in den meisten lateinamerikanischen Ländern vollkommen überbelegt. Die gesundheitliche Versorgung lässt absolut zu wünschen übrig. Seit dem Ausbruch von Covid-19 ist eine sehr hohe Infektionsrate unter den Gefangenen und den Wärtern zu beobachten.

Besonders betroffen sind in den lateinamerikanischen Ländern die *Indigenen*, da sie keine Abwehrkräfte gegen das Virus besitzen. Sie verlassen ihre Arbeitsplätze in den Städten, schließen sich in ihren Gebieten und Gemeinden ein und lassen niemanden heraus oder hinein, wie z.B. in Amazonien (Brasilien), was jedoch durch illegale ökonomische Aktivitäten konterkariert wird. Die von Indigenen bewohnten Gebiete haben auch die schlechteste gesundheitliche Versorgung, z.B. gibt es in ganz Amazonien, das viermal so groß wie die BRD ist, kein einziges Krankenhaus mit einer Intensivstation.

## Die Corona-Politik der Regierungen

Die Pandemiepolitik in den lateinamerikanischen Ländern ist sehr unterschiedlich. Es gibt Regierungen, die das Virus ignorieren, es – wie der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro – als „leichte Grippe“ und alle Maßnahmen dagegen als Hysterie oder Verschwörung bezeichnen. Andere Regierungen, wie in Kolumbien, Venezuela und Argentinien, ergreifen strikte Eindämmungsmaßnahmen wie Monate langes Ausgehverbot, Maskenzwang und social distancing. In Mexiko baut Präsident Lopez Obrador mehr im Sinne des schwedischen Weges auf freiwilliges „Zu Hause bleiben“, social distancing und Maskentragen.

### Kolumbien

So gut Präsident Iván Duque die Infektionszahl anfangs eindämmen konnte, umso schlechter ging es der Mehrheit der Bevölkerung. Die Armen in den Elendsvierteln am Rande der großen Städte, die Obdachlosen, die Arbeitslosen und im informellen Sektor Tätigen, aber vor allem die über sechs Millionen Binnenflüchtlinge und Millionen Flüchtlinge aus Nachbarländern, insbesondere aus Venezuela, erreichten die Hilfsmaßnahmen der Regierung kaum, sie hungern oder stehen vor dem Hungertod. Angeblich sollen zwei Millionen Menschen mit Essen beliefert werden,<sup>4</sup> was aber angesichts der Hilferufe aus der Bevölkerung sehr hinterfragt

---

<sup>4</sup> Florian Huber: Covid in Kolumbien, a.a.O.

werden muss. Ein großes Problem ist auch, dass Kinder in den Schulen Essen bekamen, die jetzt geschlossen sind. Die Stadtverwaltungen sind mit den Problemen der Versorgung überfordert. Von Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen und Aktivist\*innen wird in Kolumbien eine Hungersnot vorausgesagt.

Außerdem hat die Gewalt im Land zugenommen. Im Schatten der Pandemie wurden vermehrt soziale Aktivisten durch paramilitärische Gruppen umgebracht und der „Friedensprozess“ zwischen der Regierung und den beiden größten Guerillagruppen FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) und ELN (Heer der Nationalen Befreiung) ist im Grunde genommen zum Erliegen gekommen.<sup>5</sup> Die Verhandlungen mit der FARC-EP standen schon vor der Corona-Krise in Frage, die Verhandlungen mit der ELN über einen Waffenstillstand sind wieder aufgehoben worden. Statt den Friedensprozess voran zu treiben, nimmt der Präsident zweckentfremdet Gelder, die für den Friedensprozess vorgesehen waren, und verwendet sie für die Pandemiebekämpfung.<sup>6</sup> Auf Grund des Elends der Bevölkerung stieg die Infektions- und Todesrate steil an.

## Brasilien

Im Gegensatz zu den strikten Schutzmaßnahmen in Kolumbien steht Brasilien, das wegen der ablehnenden Haltung des Präsidenten erst sehr spät Schutzmaßnahmen ergriff, nun trotz social distancing, Masken und Abstand, die die Gouverneure verordneten, weltweit mit sehr hohen Infektions- und Todeszahlen nach den USA auf dem zweiten Platz der Pandemieopfer. Wissenschaftler\*innen schätzen, dass ca. vier Millionen Menschen infiziert und entsprechend viele Menschen gestorben sind.<sup>7</sup> Obwohl sich Bolsonaro selbst mit SARS-Cov-2 infizierte, lehnt er ein Krisenmanagement ab und setzt vor allem auf die Förderung der Investitionen der großen transnationalen Unternehmen und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Folgerichtig kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Obersten Gerichtshof und dem Präsidenten um die Gewährleistung der Gesundheit der Bevölkerung.

In Brasilien kam das Virus am Anfang aus den Reichenvierteln, deren Bewohner sich bei ihren Auslandsreisen angesteckt hatten. Dann wanderte es in die dicht bewohnten Armenviertel, wo es sich rasant ausbreitete. Bolsonaro begründet seine ablehnende Haltung gegenüber Schutzmaßnahmen damit, dass die „Wirtschaft laufen muss“. Dafür bekam er 25 bis 30 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung.<sup>8</sup> Bolsonaro, gegen den 30 Amtsenthebungsverfahren laufen, wechselte schon drei Mal seinen Gesundheitsminister aus. Der letzte neu ernannte Gesundheitsminister ist Militär, so wie ein Großteil der Regierung aus Militärs besteht und 40 Posten im Gesundheitsministerium mit Militärs besetzt werden sollen. Auch Bolsonaro ist ein ehemaliger Hauptmann.

---

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Euronews vom 05.06.2020. <https://de.euronews.com/2020/06/05>.

<sup>8</sup> Ebd..

Die Pandemie wurde von ihm genutzt, um die Militarisierung der Politik weiter voranzutreiben. In dem mitgeschnittenen Video einer Kabinettsitzung hatte er geäußert: „Schaut euch an, wie einfach es ist, eine Diktatur in Brasilien zu installieren. Darum will ich, dass sich das Volk bewaffnet“, wobei er unter „Volk“ seine Anhänger meint. In einer Verordnung wies er an, dass Waffenbesitzer 6.000 Schuss Munition pro Jahr kaufen dürfen, zwölfmal mehr als vorher.<sup>9</sup>

Allerdings tun sich in der letzten Zeit wegen seiner absurden Corona-Politik zwischen den Militärs und Bolsonaro mit samt seinem Anhängerkreis zunehmend Differenzen auf.<sup>10</sup> Sao Paulo, Rio de Janeiro und Amazonien sind von der Pandemie am meisten betroffen. Es wurden Feldkrankenhäuser eröffnet, um der großen Zahl an Erkrankten Herr zu werden. Das private Gesundheitswesen ist in Brasilien recht gut ausgebaut, doch können sich die privaten Krankenhäuser nur die Begüterten leisten, wovon die Masse der Bevölkerung ausgeschlossen ist.<sup>11</sup> Hier zeigt sich auf extreme Weise die Zwei-Klassen-Medizin wie in keinem anderen Land der Welt. 45 Millionen Menschen arbeiten in Brasilien im informellen Sektor und beantragten staatliche Unterstützung, doch hapert es an der Auszahlung der Subventionen der Bundesregierung gegenüber den Gouverneuren. Während der Corona-Krise haben fünf Millionen Menschen ihren Job verloren. Die Arbeitslosenzahl wird nach Einschätzung sozialer Bewegungen 20 Millionen erreichen, was ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht.<sup>12</sup>

Die großen Gewinner der Krise hingegen sind das Agrobusiness, die Holzwirtschaft, die Fleischindustrie und die Erdöllobby, schon vor der Krise die Hauptunterstützer von Bolsonaro. Der erwähnte Videomitschnitt aus der Kabinettsitzung der brasilianischen Regierung zeigte auch, wie der Umweltminister zusammen mit Präsident Bolsonaro die anderen Minister aufforderte, die Pandemiesituation zu nutzen, um die Erdölförderung im Amazonas-Gebiet trotz Förderstopps voran zu treiben, da die Indigenen in ihren Gebieten eingesperrt sind und nicht protestieren dürfen. Der Umweltminister sagte im Video: „Wir haben jetzt die Möglichkeit, da die Presse sich ausschließlich mit Covid-19 beschäftigt, uns das Amazonas-Thema vorzunehmen“ (...) „Wir haben in diesem Moment die Chance, alle Regelungen zu ändern.“<sup>13</sup> Das löste im ganzen Land und in der ganzen Welt Empörung aus. Während der Pandemie wurden die meisten Waldbrände im Amazonas-Gebiet, im Juni 20 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum,<sup>14</sup> verzeichnet.

---

<sup>9</sup> Ganter, Julia: Brasilien im Katastrophenmodus. In: *amerika21*, 29.06.2020. <https://amerika21.de/analyse/241049/brasilien-im-katastrophenmodus>.

<sup>10</sup> Ramalho, Luis: Lage in Brasilien. In: Webinar des Lateinamerika-Forums Berlin - LAF am 25.06.2020 zur Militarisierung in Lateinamerika.

<sup>11</sup> Euronews vom 05.06.2020. <https://de.euronews.com/2020/06/05>.

<sup>12</sup> Ferrari, Sergio (Übersetzung: Romeo Rey): Soziale Bewegungen in Brasilien fordern: Schluss mit Bolsonaro! In: *amerika21*, 15.06.2020. <https://amerika21.de/blog/2020/06/240695/sozialen-bewegungen-brasilien-bolsonaro>.

<sup>13</sup> „Der ‚Umweltzerstörungsminister‘: Im Schatten der Corona-Krise werden in Brasilien die Regenwälder abgeholzt“, *Frankfurter Rundschau Online*, 28. Mai 2020.

<sup>14</sup> Poonal: Größte Zahl an Waldbränden seit 13 Jahren. In: Poonal, Washington, 02.07.2020.

## Argentinien

In Argentinien verhängte Präsident Alberto Fernandez am 12. März eine strikte Ausgangssperre. Schulen und Universitäten, Flughäfen und Geschäfte wurden geschlossen. Spaziergänge waren lange nicht erlaubt. Die Infektionen und Todesfälle konnten auf Grund der Maßnahmen im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern niedrig gehalten werden, stiegen aber im letzten Monat an.<sup>15</sup>

Die ökonomische Ausgangssituation für den Lockdown war allerdings denkbar ungünstig. Das Land erbt von der Vorgänger-Regierung unter dem neoliberalen Präsidenten Macri eine tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise, die Staatskassen sind leer, die Inflation beträgt 50 Prozent und das Land ist mit 66 Mrd. US-Dollar extrem hoch verschuldet,<sup>16</sup> die Arbeitslosigkeit ist hoch und ebenso der informelle Beschäftigungssektor. Die Hälfte der Argentinier\*innen gilt als arm. Trotzdem entschied sich die Regierung für den strikten Lockdown und verabschiedete ein milliarden-schweres Notstandsprogramm, das durch das Ankurbeln der Notenpresse die Wirtschaft vor dem totalen Zusammenbruch retten soll. Es gibt zahlreiche finanzielle Zuwendungen für die arme Bevölkerung, Suppenküchen und zusätzliche medizinische Versorgung durch Gesundheitspromotoren und Errichtung von Krankenstationen. Neun Millionen Menschen erhalten pro Monat 10.000 Peso (127,45 Euro) vom Staat.<sup>17</sup> Kleinunternehmern werden zinslose Kredite gewährt. Die Regierung stoppte auch den Preisanstieg bei Nahrungsmitteln der Grundversorgung und unterzeichnete ein Dekret, das die Entlassung von Arbeiter\*innen aus der Privatwirtschaft verbot. Gleichzeitig beschloss die Regierung ein Dekret zur finanziellen Unterstützung der Unternehmen, die unter den Corona-Maßnahmen leiden.<sup>18</sup>

Aber die Lage in den Armenvierteln von Buenos Aires ist nach wie vor problematisch, da die Menschen dort eingesperrt sind, sich ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können und die staatlichen Hilfen trotz der Bemühungen unzureichend bleiben. Außerdem breitete sich die Infektion durch die beengten Wohnverhältnisse und Unterbrechung der Wasserversorgung rasant aus. Soziale Helfer und Aktivisten sind selbst infiziert und eine Reihe von ihnen starb bereits.<sup>19</sup>

Die Regierung versucht mit sozialen Maßnahmen gegenzusteuern, wozu besonders strukturelle Maßnahmen zum politischen Umbau der Gesellschaft beitragen,

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/groesste-zahl-an-waldbraenden-seit-13-jahren/>

<sup>15</sup> Tiroler Tageszeitung: Der neue Corona-Brennpunkt: Dramatische Lage in Lateinamerika. 13.06.2020. <https://www.tt.com/artikel/30736763/der-neue-corona-brennpunkt-dramatische-lage-in-lateinamerika>

<sup>16</sup> Argentinien verlängert Verhandlungen mit Gläubigern erneut. In: Wirtschaftswoche. 13.06.2020. <https://www.wiwo.de/politik/ausland/schuldenlast-argentinien-verlaengert-verhandlungen-mit-glaebigern-erneut/25912792.html>.

<sup>17</sup> Tiroler Tageszeitung: Der neue Corona-Brennpunkt, a.a.O.

<sup>18</sup> Dürr, Christian: Argentinien: Corona-Not-Dekrete zum Schutz von Arbeit und Wirtschaft. In: amerika21, 08.04.2020. <https://amerika21.de/2020/04/238857/corona-notdekrete-argentinien>

<sup>19</sup> Arndt, Miquel und Jonatan Pfeifenberger: Corona in Argentinien: Situation in den Armenvierteln in Buenos Aires spitzt sich zu. In: amerika21 vom 30.05.2020. <https://amerika21.de/2020/05/240230/argentinien-corona-armenviertel>.

die der armen Bevölkerung zugutekommen. Ein Beispiel ist das geplante Gesetz zur Förderung der „Fabricas Recuperadas“ (selbstverwaltete Betriebe, die in der Krise von 2001/02 entstanden und heute neue entstehen). Das Gesetz zur „Rückaneignung produktiver Einheiten“ besagt, dass Unternehmen, die ihre Arbeiter nicht mehr bezahlen und deren Besitzer die Betriebe verließen, enteignet und ihren Arbeiter\*innen übergeben werden können.<sup>20</sup> Zusätzlich zur Förderung der Arbeiterkontrolle unterstützt die Regierung die Bildung von Netzwerken von Kleinproduzenten, die helfen sollen, die Nahrungsmittelversorgung aufrecht zu erhalten und den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.<sup>21</sup>

Die Politik der Regierung zur Bewahrung der Gesundheit und der sozialen Sicherheit der Bevölkerung unter den schwierigen ökonomischen Bedingungen hat zu massivem Widerstand gegen die Sozialpolitik der Regierung durch deren innere und äußere Gegner geführt, die sich besonders aus dem IWF, den großen Unternehmen und der Agrarlobby rekrutieren. Aber auch die Unzufriedenheit von Gruppen aus der armen Bevölkerung wendet sich gegen die Regierung. Auf diesem Boden wachsen Verschwörungstheorien gegen die Regierung und die Corona-Maßnahmen, wie dies bei der „Karawane gegen die Infektatur“ in Buenos Aires zum Ausdruck kam, auf der einerseits „Lockerung und Staatshilfen“ gefordert und andererseits vor dem „totalitären Staat“ und einer „Corona-Verschwörung“ gewarnt wird.<sup>22</sup>

## Venezuela

Die venezolanische Regierung hat trotz der verheerenden Folgen des Wirtschaftskrieges durch die Mehrheit der westlichen Staaten und dessen Auswirkungen auf den Gesundheits- und Ernährungssektor frühzeitig mit zahlreichen Tests und einem freiwilligen „Zuhausebleiben“ auf die Pandemie reagiert. Die Regierung ordnete ab dem 17.03.2020 eine 11-wöchige Quarantäne und das Tragen von Gesichtsmasken an.<sup>23</sup> Ein besonderes Merkmal des venezolanischen Kampfes gegen Corona sind Familienhausbesuche durch Gesundheitspromotoren und Ärzte, die über das Virus und Gegenmaßnahmen aufklären und eine Früherkennung durch Tests durchführen. Das kostenlose öffentliche Gesundheitssystem, das eng mit dem kommunalen Selbsthilfesystem zusammenarbeitet, ist dabei eine entscheidende Grundlage. Venezuela liegt bei den Tests weit über dem lateinamerikanischen Durchschnitt, wodurch lokale Herde identifiziert und Ansteckungsketten unterbrochen werden konnten. Die Hilfslieferungen aus Russland, China, Kuba,

<sup>20</sup> Dürr, Christian: Argentinien plant Gesetz zur Förderung selbstverwalteter Betriebe. In: amerika21 vom 05.05.2020. <https://amerika21.de/2020/05/239594/argentinien-gesetz-betriebsenteignung>

<sup>21</sup> Ders.: Argentinien: Vernetzung von Kleinproduzenten soll für Ernährungssicherheit sorgen. Amerika21, 15.05.2020. <https://amerika21.de/2020/05/239797/argentinien-krise-kleinbauern-produktion>.

<sup>22</sup> Herrberg, Anne: Zwischen Corona und Staatspleite. Deutschlandfunk, 08.06.2020. [https://www.deutschlandfunkkultur.de/argentinien-doppelkrise-zwischen-corona-und-staatspleite.979.de.html?dram:article\\_id=478121](https://www.deutschlandfunkkultur.de/argentinien-doppelkrise-zwischen-corona-und-staatspleite.979.de.html?dram:article_id=478121)

<sup>23</sup> Dobson, Paul: China Sends Sixth Covid-19 Aid Installment as Venezuela Thanks “True Friends”. The country is relaxing its Lockdown on a week-on-week-off- basis despite rising cases. In: Venezuelanalysis.com, 08.06.2020. <https://venezuelanalysis.com/news/14901>

der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation und vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (medizinische Geräte, Testkits und Schutzbekleidung) waren dabei eine unabdingbare Voraussetzung.<sup>24</sup>

Eine weitere venezolanische Besonderheit in der Corona-Politik ist das Wirken der Kommunalen Räte, das die Politik der Regierung wirksam ergänzt, auch wenn es oftmals Kompetenzstreitigkeiten zwischen der zentralen staatlich administrativen und der Kommunen-Ebene gibt. In der Zeit der Maduro-Regierung nahmen die Konflikte zwischen Staat und Kommunen zu, was mit dem politischen Zentralisierungsprozess infolge des Wirtschaftskrieges und der Ausgrenzungspolitik gegenüber Venezuela, aber auch der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik (Förderung ausländischer Investitionen in Schlüsselbereichen, Dollarisierung der Wirtschaft) durch die Regierung zu tun hatte. Während des Lockdowns wurden die Kommunen wieder gestärkt, denn sie übernahmen Versorgungs- und Gesundheitsarbeit vor Ort, die die zentralen Maßnahmen sinnvoll ergänzten und bereicherten. So richteten die Kommunen Essensausgaben ein, gewährleiteten die Versorgung mit Lebensmitteln, produzierten Masken und Desinfektionsmittel und veranstalteten kulturelle Events, um die Bewohner\*innen der Kommunen psychisch während des Lockdowns zu unterstützen.<sup>25</sup> Ein Ergebnis der Pandemie wird die Stärkung der Kommunen sein, an der die Regierung von Niclas Maduro nicht mehr vorbei kommen wird.

Es ist ein enormer Erfolg der venezolanischen Regierungspolitik und der Kommunen, dass Venezuela trotz des Wirtschaftskrieges des Westens und seiner prekären internationalen Lage die Infektionszahlen niedrig halten konnte. Am 08.06.2020 gab es nach offiziellen Angaben 2.473 Infizierte und 22 Todesfälle.<sup>26</sup> Diese stiegen am 25.07.2020 auf 14.363 Fälle und 134 Tote an. Der Anstieg geht auf venezolanische Rückkehrer aus den Nachbarstaaten zurück, die illegal über die Grenze kommen und die offiziellen Kontrollen mit Quarantänemaßnahmen umgehen. Während die Übertragung in den Kommunen als minimal angegeben wird, ist der Anstieg darauf zurück zu führen. Zur Bekämpfung der Infektion trafen die Regierung und die Opposition eine gemeinsame Vereinbarung,<sup>27</sup> in der sich die Regierung und die Opposition verpflichteten, bei der Aufdeckung neuer Fälle, der rechtzeitigen medizinischen Behandlung, der Überwachung der Quarantäne, dem Schutz des Gesundheitspersonals und der öffentliche Aufklärung über die Risiken zusammenzuarbeiten.<sup>28</sup> Nachdem die venezolanische Regierung eine eingeschränkte Öffnung anordnete, wurde nach dem Anstieg der Infektionen erneut ein Lockdown angeordnet.

<sup>24</sup> Pfeifenberger, Jonatan: Corona in Lateinamerika. In: amerika21, 10.04.2020.

<sup>25</sup> Shorack, John Mark (Übersetzung: Geier Ulrike): Interview mit den Kommunalen Räten während der Pandemie. Die Menschen an der Basis retten das Land. In: Pressenza Berlin, 29.06.2020. <https://www.pressenza.com/de/2020/06/die-menschen-an-der-basis-retten-das-land>

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> Stein, Georg: Wie die Corona-Pandemie Regierung und Opposition in Venezuela doch nicht eint. In: amerika21, 08.06.2020. <https://amerika21.de/2020/06/240525/venezuela-regierung-opposition-corona>

<sup>28</sup> Koerner, Lucas und Vaz, Ricardo: Venezuelan Government and Opposition Reach Deal to Fight Coronavirus. In: Venezuelanalysis.com, 04.06.2020. <https://venezuelanalysis.com/news/14896>

## Mexiko

Der mexikanische Präsident Lopez Obrador baute mit dem Argument, dass sich ein strikter Hausarrest auf die Armen, die arbeiten gehen müssen und in beengten Verhältnissen leben oder gar keine Unterkunft haben, verheerend auswirken würde, auf Freiwilligkeit. 65 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ist im „informellen Sektor“ tätig.<sup>29</sup> Sein Slogan bezüglich der Pandemie lautet: „Die Armen zuerst“. Doch die Hilfen der Regierung für die Armen waren mangelhaft und unzureichend. Erst einmal mussten alle Beschäftigten ihren Jahresurlaub nehmen, dann bekamen sie einen Monat lang Gehalt ausgezahlt und mussten zu Hause bleiben. Doch als dann die Betriebe nicht wieder öffneten, gab es gar nichts mehr. Kleine Unternehmen mussten ihre Belegschaft gleich entlassen, was eine Million Beschäftigte betraf. Mexiko gehört zu den lateinamerikanischen Ländern, in denen sehr wenig getestet wird und selbst unter diesen Bedingungen sind die Infektions-Zahlen mit 378.285 Infizierten und 42.645 Toten am 25.07.2020 alarmierend.<sup>30</sup> Die hohe Todesrate ist auch darauf zurückzuführen, dass in Mexiko sehr viele Menschen auf Grund von schlechter Ernährung an Diabetes, Fettleibigkeit und hohem Blutdruck leiden, was das Sterberisiko bei Covid-19 erheblich erhöht.

In den sogen. Weltmarktfabriken Mexikos mit ihrer Zulieferproduktion arbeiten mehr als 3 Millionen Mexikaner.<sup>31</sup> „Systemrelevante“ Zweige dieser sogen. Maquila-Industrie durften während des Lockdowns weiter arbeiten; die an Covid-19 erkrankten Beschäftigten blieben oft nicht zuhause, da ihnen mit Entlassung gedroht wurde, und steckten andere Beschäftigte an. Da Mexiko ein wichtiger Investitionsstandort für die USA ist, wirkt sich der Einbruch der US-Investitionen auf die Wirtschaft verheerend aus und paralyisiert die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen der Regierung für die Armen in der Pandemie. Man geht davon aus, dass die Wirtschaft Mexikos um 14 Prozent geschrumpft ist, auch wenn offiziell nur fünf Prozent angegeben werden. Alle Sektoren der Wirtschaft sind von der Krise betroffen, aber besonders die Bau-, Erdöl- und Autowirtschaft.<sup>32</sup> Auch fallen die Remesas (Auslandsüberweisungen) zu großen Teilen weg, da viele Mexikaner aus den USA wegen Corona ausgewiesen und nach Hause geschickt wurden.

Seit den entsprechenden Vereinbarungen mit den USA halten sich in Mexiko außerordentlich viele Flüchtlinge aus Mittel- und Zentralamerika auf, die von dort aus Asylanträge in die USA stellen wollen. Momentan bearbeiten die USA keine Asylanträge mehr. In den Auffanglagern brachen Corona-Fälle aus, woraufhin diese abgeriegelt wurden und nun Gefängnissen ähneln. Mexiko begann, verstärkt abzuschieben und die aus Zentralamerika vor Gewalt Geflüchteten dem Schicksal erneuter Gewalt in ihren Heimatländern auszusetzen.

---

<sup>29</sup> Bartelt, Dawid: Covid und Mexiko. In: Webinar der Heinrich Böll Stiftung am 27.05.2020.

<sup>30</sup> Johns-Hopkins-University: Mexico. 27.07.2020.

<sup>31</sup> RNP, Nationales Journalistinnennetzwerk: Mexiko: Covid-19-Ausbrüche in Fabriken befürchtet. Amerika21, 13.06.2020. <https://amerika21.de/2020/06/240704/mexiko-maquilas-corona>.

<sup>32</sup> Ebd.

Der Präsident versucht sein Entwicklungsmodell, das er als „Vierte Transformation“ bezeichnet und das man mit den Worten: „Industrialisierung und Sozialpolitik“ zusammenfassen kann, auch in der Pandemie zu retten. So begründete er seine Verordnung, alle Projekte für „erneuerbare Energie“ zu stoppen und auf die Förderung von Schweröl zu setzen, das an die Nationale Energiekommission für die Stromproduktion verkauft werden soll.<sup>33</sup>

In dem von Präsident Obrador unterzeichneten „Austeritätserlass“ kündigte er die Kürzung von 75 Prozent der staatlichen Zuwendungen für nicht lebensnotwendige Institutionen an, was auch Menschenrechtsorganisationen wie z.B. die „Nationale Kommission für Opferfürsorge“ (CEAV), oder die „Naturschutzbehörde“ und das „Nationale Institut für indigene Völker“ (INPI) besonders hart trifft.<sup>34</sup>

### Ausnahmefall Kuba

Das Land sticht aus der Masse der lateinamerikanischen Staaten durch seine erfolgreichen und ausgewogenen medizinischen Präventivmaßnahmen, seine weltweite selbstlose solidarische Hilfe und seinen Beitrag in der Medizinforschung auf Weltniveau hervor. Im britischen „EndCorona“-Ranking wurde Kuba zusammen mit Vietnam, Südkorea, China und 28 weiteren Ländern der weltweit größte Erfolg bei der Bekämpfung des Virus zugeschrieben.

Trotz der immer umfassenderen politischen und Wirtschaftssanktionen der USA gegen Kuba und der damit verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Bevölkerung begann das Land schon frühzeitig mit der Pandemieprävention. Bereits im Januar 2020, kurz nach dem Bekanntwerden des Auftretens des neuartigen SARS-Cov-2 Virus bildete die kubanische Regierung die Nationale Kommission zu Covid-19, aktualisierte den Nationalen Aktionsplan für Epidemien und überwachte Häfen, Flughäfen und maritime Einrichtungen durch Fieber-Messen und Befragungen, worauf das Grenz- und Einwanderungsbehördenpersonal geschult wurde. Außerdem wurde ein Plan zur „Vorbeugung und Kontrolle“ des Virus erarbeitet. Es fand ein reger Austausch von Spezialisten zwischen Kuba und China zur Eindämmung des Virus statt. Im Februar 2020 gab es eine Umstrukturierung der medizinischen Einrichtungen und Spezialausbildung von medizinischem Personal zur Kontrolle des Virus. Anfang März wurde eine Gruppe von Wissenschaftlern geschaffen, um Behandlungsmethoden, Tests, Medikamente, Impfstoffe und technische Ausrüstungen zur Bekämpfung von Covid-19 zu entwickeln. Im März wurden alle ins Land einreisenden Personen getestet. Diese Maßnahmen fanden statt, ehe der erste Fall von Covid-19 am 11.03.2020 in Kuba festgestellt wurde.<sup>35</sup> Von da an wurden Haus für Haus- Gesundheits-Checks, Tests

---

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Gerth, Sonja: Etatkürzungen in Mexiko wegen der Coronakrise gefährden die Menschenrechte. In: amerika21 vom 05.06.2020. <https://amerika21.de/2020/06/240417/mexiko-menschenrechtsarbeit-etatkuerzung>

<sup>35</sup> Yaffe, Helen: Mit gutem Beispiel voran gehen: Kuba in der Covid-19 Pandemie. In: amerika21, 23.06.2020. <https://amerika21.de/analyse/240999/kuba-der-covid-19-pandemie>.

und Aufklärungsmaßnahmen durch die kubanischen Gesundheitsbehörden durchgeführt. Am 20. März setzte die Regierung Ausgangsbeschränkungen durch. Für grundlegende Arbeiten wurde erlaubt, unter der Bedingung von Abstandsregeln und Maskentragen die Häuser zu verlassen. Die Steuern für die privaten Geschäfte und der private Schuldendienst wurden ausgesetzt. Für Personen, die ins Krankenhaus mussten, wurde eine Lohnfortzahlung von 50 Prozent erwirkt. Haushalte mit niedrigem Einkommen erhielten Sozial- und Familienhilfen und wurden mit Lebensmitteln, Medizin und Hygienemitteln beliefert. Ähnlich wie in Venezuela bildeten sich auf lokaler Ebene kommunale Hilfstruppen, die eine Maskenproduktion und Unterstützungsleistung für die örtliche Bevölkerung, besonders die Alten, Schwachen und Kranken, organisierten. Ebenfalls im März 2020 startete die in Kuba entwickelte App namens „Virtuelles Screening“ mit einer opt-in Funktion, deren Nutzer mit dem Gesundheitsministerium in Verbindung traten. In den Gefängnissen wurden regelmäßig Tests unter den Gefangenen durchgeführt.

In Kuba gab es am 27.07.2020 2.469 bestätigte Fälle von COVID-19 und 87 Tote.<sup>36</sup> Das Besondere in Kuba war, dass im Land Infektionshotspots isoliert und Quarantänazonen eingerichtet wurden. Mit dieser Strategie brachten die Kubaner das Infektionsgeschehen zwei Monate nach dem Ausbruch der Viruserkrankung weitgehend unter Kontrolle. Seit dem 18.07.2020 ist in Kuba keine Neuinfektion mehr verzeichnet worden.<sup>37</sup> Das Land nahm die Sicherheitsmaßnahmen ab 15. Mai zurück.<sup>38</sup>

Interessant sind zwei Phänomene: Einerseits gehört Kuba zu den führenden Ländern in der Medizinforschung gegen den SARS-CoV-2-Virus und andererseits leistet es medizinische solidarische Hilfe in der ganzen Welt. Zur Behandlung von Covid-19 sind antivirale Medikamente im Probestadium, die z.T. in größerer Stückzahl auf Kuba selbst hergestellt werden könnten.<sup>39</sup>

Die medizinische Hilfe durch kubanische Ärztbrigaden hat eine lange Tradition. Als die Pandemie begann, arbeiteten etwa 28.000 kubanische Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen in 59 Ländern.<sup>40</sup> Italien hat z.B. Hilfe durch Gesundheitsbrigaden aus Kuba angefragt, das Ärzt\*innen, medizinisches Personal, Techniker\*innen, technische und medizinische Ausrüstung schickte. Allein in den ersten Monaten der Pandemie reisten die kubanischen Medizin-Brigaden „Henry Reeve“ in 27 Länder.<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> John-Hopkins-University: Cuba. 27.07.2020. <https://coronavirus.jhu.edu/region/cuba>.

<sup>37</sup> Kunzmann, Marcel: Kuban erstmals nach vier Monaten ohne neue Corona-Fälle. In: *amerika21*, 22.07.2020. <https://amerika21.de/2020/07/241814/kuba-ohne-corona-faelle>

<sup>38</sup> Kunzmann, Marcel: Kuba erlaubt Ausländern die Eröffnung von Konten. In *amerika21* vom 01.06.2020. <https://amerika21.de/2020/06/240265/kuba-konten-fuer-auslaendern>.

<sup>39</sup> Carmona Tamayo, Edilberto und Fariñas Acosta, Lisandra: Kubanische Behandlungen gegen Covid-19 sind erfolgreich. *Cubadebate*, 29.06.2020. <https://www.cubainformacion.tv/cuba/20200629/86823/86823-exitosos-los-tratamientos-cubanos-contra-la-covid-19>.

<sup>40</sup> Yaffe, Helen, a.a.O.

<sup>41</sup> Hermsdorf, Volker: „Zynisch und menschenverachtend“. Ein Gespräch mit Hans Peter Weymar. In: *junge Welt* vom 01.07.2020, Nr.151: 3.

Besondere Probleme entstanden während der Corona-Pandemie durch die Wirtschaftssanktionen der USA gegen Kuba, die die seit 1965 bestehende Wirtschaftsblockade gegen das Land noch einmal verschärfen. Diese Maßnahmen machen sich in einer umfassenden Versorgungskrise bemerkbar, die sich besonders empfindlich auf die Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und Medikamenten auswirkt. Schon vor der Pandemie ging 2019 die Produktion des wichtigen Grundnahrungsmittels Reis um 18 Prozent und die Milchproduktion um 13 Prozent infolge des Wirtschaftskrieges zurück.<sup>42</sup> Auch kam der Tourismussektor infolge der Corona-Krise zum Erliegen, was sich wirtschaftlich verheerend auswirkte. Die Regierung unter Miguel Díaz-Canel versucht gegen-zu-steuern, indem sie die Entwicklung der Landwirtschaft zur Priorität erklärte und die verstärkte Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln anstrebt. Dafür wurde ein kommunales Selbstversorgungsprogramm entwickelt, das von dem bisherigen zentral gesteuerten staatlichen Versorgungsmodell abweicht und der lokalen und kommunalen Versorgung größeren Raum zumisst. Auch Stadtgärten spielen dabei eine große Rolle, über die z.B. in Havanna derzeit 18 Prozent der Versorgung gewährleistet werden.

## **Widerstand und Aktivitäten für einen gesellschaftlichen Wandel im Zusammenhang mit der Corona-Krise**

Der Lockdown in Lateinamerika konnte die Bevölkerung in den einzelnen Ländern nicht davon abhalten, sich einer restriktiven Regierungspolitik und der Umverteilungskämpfe im Schatten der Corona-Krise, die zu Hunger, größerer sozialer Ausgrenzung und einer Vertiefung der Umweltkrise führen, zu widersetzen.

In den Armenvierteln gibt es Proteste, die das Ausgehverbot ignorieren. In *Buenos Aires* im Armenviertel Villa 31 in Retiro gingen die Menschen auf die Straße und machten auf die prekären Lebensbedingungen wie Wassermangel, Arbeitslosigkeit, sanitären Notstand aufmerksam, die viele an Covid-19 Erkrankte und Todesfälle auch im jungen Alter hervorriefen.<sup>43</sup>

In *Ekuador* ging es um die Wiederaufnahme der Proteste gegen die neoliberalen Maßnahmen der Regierung Lenín Moreno im Zusammenhang mit den Vereinbarungen mit dem IWF, Kürzungen im Staatshaushalt im Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtssektor. Die Arbeitslosigkeit hatte auf Grund zahlreicher Entlassungen einen Höchststand erreicht. Die Herbstproteste waren durch die Coroa-Krise unterbrochen worden und brachen sich im Mai trotz Ausgehverbots und Polizei- und Militäreinsatz erneut Bahn. In den ersten Maitagen begannen die Studierenden erst in den sozialen Netzwerken und später mit einer Großdemonstration in Quito mit den Protesten, die sich auf das ganze Land ausweiteten.<sup>44</sup>

---

<sup>42</sup> Kunzmann, Marcel: Versorgungskrise in Kuba: Regierung will Lebensmittelproduktion ankurbeln. In: *Amerika21*, 02.07.2020. <https://amerika21.de/2020/07/241261/versorgungskrise-kuba>.

<sup>43</sup> Skambraks, Moana: Argentinien: angespannte Lage in Armenvierteln wegen Ausbreitung des Corona-Virus. In: *amerika21* vom 18.05.2020.

<sup>44</sup> Erneut Proteste gegen die Anpassungsmaßnahmen der Regierung. *Poonal*, 24.05.2020. <https://www.npla.de/thema/arbeit-gesundheit/erneut-proteste-gegen-anpassungsmassnahmen-der-regierung/>

In *Brasilien* gehen größere Teile der Zivilgesellschaft gegen den ultrarechten Präsidenten und seine Anhänger „Für die Demokratie“ und „gegen den Faschismus“ auf die Straße. Eine Initialzündung lösten die Proteste der vier größten Fußballclubs und ihren Fans in Sao Paulo aus, die normalerweise untereinander rivalisieren, sich angesichts des nationalen Notstands zu einem Protestblock zusammenschlossen und Protestdemonstrationen gegen die Regierung anführten. Diese Proteste weiteten sich auf 20 Bundeshauptstädte aus.<sup>45</sup>

In ganz Lateinamerika brach sich die zurückgehaltene Wut der Menschen, die während der Corona-Krise ohne ausreichende oder gar keine Vorsorge eingesperrt waren oder derjenigen, die ohne Schutzmaßnahmen durch Weltmarktfabriken, Gefängnissen oder Migrantenlagern nicht ausreichend geschützt und von verantwortungslosen Regierungen in der Pandemie „verbrannt“ wurden, in dem Moment Bahn, als sich der Mord des Afroamerikaners George Floyd durch Polizisten in Minneapolis in den USA ereignete und eine große US-amerikanische und weltweite Protestwelle auslöste. In fast allen lateinamerikanischen Ländern strömten die Menschen, ungeachtet des Ausgangsverbots und Polizeieinsatzes, auf die Straßen und protestierten gegen Rassismus, soziale Ausgrenzung und politische Unterdrückung.

Am 05.06.2020 gingen in *Mexiko*, insbesondere in Guadalajara und in Mexiko-Stadt tausende Demonstranten auf die Straße und demonstrierten vor der US-Botschaft und vor der Vertretung von Jalisco, wo vor kurzem ein 30er Jähriger von der Polizei verprügelt wurde, da er keinen Mundschutz trug, und später in Polizeigewahrsam starb.<sup>46</sup> In *Brasilien*, insbesondere in Rio de Janeiro, protestierten sehr viele Menschen gegen Polizeigewalt, die während der Pandemie zugenommen hatte. Anfang Juni wurde ein 14-jähriger Junge bei einer Razzia in einer Favela durch die Polizei getötet, was bei den Brasilianern Vergleiche mit dem Tod von George Floyd implizierte. Insofern war der Tod von George Floyd der Auslöser für die massenhaften Proteste in Brasilien.<sup>47</sup>

In *Ekuador* brach sich bei der Bevölkerung die Verzweiflung angesichts der reaktionären Parlamentsreformen auf dem Gebiet der Bildung, Gesundheit und Arbeitsrechte während der Corona-Krise Bahn und mündete in Demonstrationen in allen größeren Städten.<sup>48</sup>

Diese Proteste finden gleichzeitig mit Initiativen statt, die eine neue gesellschaftliche Perspektive im Sinne der Überwindung der bisherigen „Normalität“ anstreben. Diese „Normalität“ vor der Corona-Krise war in Lateinamerika mit Armut, Hunger, so-

---

<sup>45</sup> Ganter, Julia: Brasilien im Katastrophenmodus. In: *amerika21*, 29.06.2020. <https://amerika21.de/analyse/241049/brasilien-im-katastrophenmodus>.

<sup>46</sup> Evangelischer Pressedienst: Demonstrationen gegen Polizeigewalt in Mexiko. 06.06.2020. <https://www.evangelisch.de/inhalte/171045/06-06-2020/demonstrationen-gegen-polizeigewalt-mexiko>

<sup>47</sup> Muñoz Acebes, César: Brazil Suffers its own Scourge of Police Brutality. In: *American Quarterly Newsletter* vom 03.06.2020. <https://www.americasquarterly.org/article/brazil-suffers-its-own-scourge-of-police-brutality/>.

<sup>48</sup> Castañeda, Jember Pico: Die Arbeiter\*innen Ecuadors erheben ihre Stimme angesichts einer abwesenden Regierung. In: *Presenza*, 26.05.2020. <https://www.presenza.com/de/2020/05/die-arbeiterinnen-ecuadors-erheben-ihre-stimme-angesichts-einer-abwesenden-regierung/>

zialer Ungleichheit, massiver Umweltzerstörung, wirtschaftlichen Megaprojekten und Militarisierung der Gesellschaften verbunden. So erwuchs aus der extremen Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche durch die Corona-Krise ein Aufschwung des gesellschaftlichen Widerstandes, verbunden mit neuen Initiativen zum grundlegenden gesellschaftlichen Umbau durch soziale Bewegungen, Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen. Dies kann eine neue Chance für Veränderung sein.

In Brasilien offerierte die Landlosenbewegung MST zusammen mit ihrer Forderung „Schluss mit Bolsonaro“ einen „Dringlichkeitsplan für eine Landreform“ (Plano de Emergência para uma Reforma Agraria Popular) für die Überwindung der schweren Gesundheits-, Wirtschafts-, sozialen und politischen Krise. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Produktion von gesunden Lebensmitteln müssen dabei im Vordergrund stehen. Sie streben eine grundlegende Agrarreform an.<sup>49</sup> Die Landlosenbewegung MST ist eine der größten sozialen Bewegungen in der ganzen Welt. Sie errichtete zahlreiche autonome alternative Räume mit eigenen basisdemokratischen Verwaltungsstrukturen, einem eigenem Versorgungs-, Bildungs- und Gesundheitssystem. Nachdem die MST unter den progressiven Präsidenten Ignacio Lula da Silva und Dilma Rousseff staatlich gefördert wurden, baute Jair Bolsonaro systematisch deren Mitbestimmungsrechte und finanzielle Zuwendungen ab und entzog ihnen auch immer mehr Rechte auf ihren Landbesitz. Die MST kritisiert die Pandemie-Politik des Präsidenten und unterstreicht deren Verantwortungslosigkeit und Menschenverachtung gegenüber der Bevölkerung.<sup>50</sup>

Ein Beispiel für eine transnationale Reformbewegung, die weit über Lateinamerika hinausgeht, jedoch den Kontinent einbezieht, ist die Bewegung „Agora degli abitanti della terra“ (Agora der Bewohner der Erde), die sich im Dezember 2018 in Italien herausbildete und zum Thema der Pandemie ein Manifest „Vom globalen Raubbau zur Rettung aller Bewohner der Erde“ verfasste. Das Manifest verknüpft die Krise der Covid-19-Pandemie mit der Bewältigung der anderen Weltkrisen wie der „Klima- und Umweltkatastrophe und Hunger und Durst“. In dieser Initiative sind viele Vertreter\*innen aus lateinamerikanischen Ländern präsent.<sup>51</sup>

Die Mitglieder der Agora gehen davon aus, dass unser gegenwärtiges gesellschaftliches System, das Hunger, soziale Ungleichheit, Kriege und Elend für einen Großteil der Menschen der Erde gebar, einem neuen System weichen muss. Sie sind der Meinung, dass bei den Lockerungen der Covid-19-Pandemie die Grundprinzipien und Schlüsselmechanismen des gescheiterten Systems geändert werden müssen. Dafür schlagen sie vor, „uns zu weigern, in den ‚Wertschöpfungsketten‘ unserer Fabriken, Bauernhöfe, Büros, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser usw. gefangen zu bleiben. Wir dürfen nicht an die Orte des Raubbaus und Diebstahls des Lebens der Vergangenheit zurückkehren, nur um im Namen des BIP (Brutto-

---

<sup>49</sup> Ferrari, Sergio (Übersetzung: Romeo Rey): Soziale Bewegungen in Brasilien fordern: Schluss mit Bolsonaro! In: amerika21, 15.06.2020. <https://amerika21.de/blog/2020/06/240695/sozialen-bewegungen-brasilien-bolsonaro>.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Da depredação à salvação da vida de todas e todos os habitantes da Terra. <https://www.pressenza.com/pt-pt/2020/05/da-depredacao-a-salvacao-da-vida-de-todas-e-todos-os-habitantes-da-terra/>

inlandsprodukt) und des ROI (Return on Investment; etwa Kapitalrentabilität) zu funktionieren.“ Weiter heißt es, dass in einem großen globalen Programm jenen Bereichen Vorrang eingeräumt werden soll, „die sich auf den Schutz und die Förderung gemeinsamer öffentlicher Güter und Dienstleistungen von grundlegendem Interesse für das Leben konzentrieren, (...) als treibende Kraft für einen groß angelegten wirtschaftlichen und sozialen Wandel in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Ernährung, Wohnungsbau, Stadterneuerung, Umwelt- und Ressourcenmanagement, öffentlicher Verkehr und anderer natürlicher und kultureller Gemeinschaftsgüter.“ Dabei favorisieren sie eine „Re-Territorialisierung der Produktion auf regionaler und lokaler Ebene“ und eine Verstärkung der „Selbstverwaltung“. Weiterhin sollen Wissenschaft und Technologie „im Dienste des Lebens für alle Bewohner der globalen Gemeinschaft und des Lebens auf der Erde“ eingesetzt werden. Dabei ist in der gegenwärtigen Krise die „Entwicklung, Herstellung und Verwendung eines gemeinsamen, öffentlichen und kostenlosen Impfstoffes gegen Covid-19“ eine unabdingbare Notwendigkeit. Zu diesem Zweck schlägt die Agora eine „transnationale Kampagne“ vor, die „die Annahme eines globalen Protokolls über ein gemeinsames öffentliches Patent für den Impfstoff gegen Covid-19“ fordert.<sup>52</sup>

---

<sup>52</sup> Agora degli Abitanti della Terra: Manifesto 2020. 05.05.2020. <https://www.other-news.info/notizie/2020/05/05/agora-degli-abitanti-della-terra-manifesto-2020/>